

# Resolution Jugendvertrauensrat

Die österreichische Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag „Zusammen für Österreich 2017 – 2022“ auf Seite 103 festgehalten:

Das aktive Wahlalter bei Betriebsratswahlen wird von 18 auf 16 Jahre gesenkt (Harmonisierung mit „Wählen ab 16“) und ersetzt den Jugendvertrauensrat.

Das ist ein Frontalangriff auf die Arbeit von über 3000 ehrenamtlichen, aktiven und passiven JugendvertrauensrätInnen in ganz Österreich.

Natürlich setzt sich die Gewerkschaftsjugend seit Jahren dafür ein, dass das Wahlalter bei Betriebsratswahlen, wie bei allen anderen Wahlen in Österreich, auf 16 gesenkt wird. Aber aus unserer Sicht sind diese beiden Forderungen in keiner Weise in einem Zusammenhang zu sehen.

Gegen die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre in Verbindung mit der Abschaffung des JVR sprechen nicht nur Wirtschaftsdemokratische Argumente, sondern auch dass bereits viele Jugendliche mit 15 Jahren ihre Lehrausbildung beginnen und dadurch von der Wahl ausgeschlossen wären. Außerdem finden Betriebsratswahlen alle 5 Jahre statt und bei einer Lehrzeit von 3-4 Jahren wäre es möglich, dass Jugendliche nicht ihre eigene Vertretung wählen können.

## **Der kritischste Punkt ist aber die Abschaffung des Jugendvertrauensrates**

Die innerbetriebliche Arbeit der Mitglieder des Jugendvertrauensrates ist seit 1973 unverzichtbar. Sie überwachen die Einhaltung der Berufsbilder, arbeiten gemeinsam mit AusbilderInnen an Problemlösungen, entwickeln Ausbildungskonzepte mit und engagieren sich im Sinne der Gemeinschaft unter den Lehrlingen. Vor allem sind sie aber AnsprechpartnerInnen für alle Sorgen der Jugendlichen am Arbeitsplatz sowie für private Anliegen.

Gegen die Abschaffung des JVRs hat die Gewerkschaftsjugend im ersten Schritt, in Vertretung für alle JugendvertrauensrätInnen, Gespräche mit der Bundesregierung aufgenommen. Es gab Termine im Bundeskanzleramt, Vizekanzleramt und im Sozialministerium, um herauszufinden, mit welchem Hintergrund die Bundesregierung diese Punkte in das Regierungsprogramm aufgenommen hat.

Die Gespräche gestalteten sich wie Licht und Schatten. In erster Linie war aber zu erkennen, dass viel Unwissenheit über die Arbeit der JVRs herrscht. Positiv war am Ende eines Gespräches die Zusammenfassung „Kostet nichts und bringt viel“, welche wir zu 100% unterschreiben! Aber es zeigte sich, dass allen GesprächspartnerInnen unklar war, wer diesen Punkt in das Regierungsprogramm hineinverhandelt hat.

Aus einem Gespräch kam auch das klare Bekenntnis dazu, dass die Arbeit der JVRs zukünftig auf freiwilliger Basis, ohne rechtlichem Rahmen stattfinden soll.

Eine Abschaffung des Jugendvertrauensrates würde klar ein Zeichen gegen ehrenamtliche Arbeit der Jugendlichen sowie Demokratie und Mitbestimmung in Betrieben bedeuten.

Die Gewerkschaftsjugend fordert die Bundesregierung auf:

- Die Beibehaltung des Jugendvertrauensrates in seiner jetzigen Form und ein klares Statement dazu von der aktuellen Bundesregierung.
- Das aktive Wahlalter bei Betriebsratswahlen muss unerheblich sein!

Außerdem fordert die Gewerkschaftsjugend:

- Stimmrecht für Jugendvertrauensräte bei jugendrelevanten Themen bei Betriebsratssitzungen
- Ausweitung der Bildungsfreistellung; auch für Ersatzmitglieder!